

Kammer Konversation mit Petra Krebs MdL, Bündnis 90/Die Grünen

Auf jeden Fall sind Zahnärzte systemrelevant

Im März 2021 ist Landtagswahl in Baden-Württemberg. Der Präsident der Landes Zahnärztekammer BW, Dr. Torsten Tomppert, lädt im Vorfeld der Wahlen die gesundheits- und sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprecher aller Landtagsfraktionen zur Kammer Konversation ein. Als Erste stellte sich Anfang November die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Petra Krebs MdL, den Fragen von Kammerpräsident Dr. Torsten Tomppert. Im Gespräch ging es nicht nur um standes- und gesundheitspolitische Themen, auch persönliche Aspekte kamen zur Sprache.

Dr. Torsten Tomppert: Frau Krebs, vielen Dank für dieses persönliche Treffen. Derzeit ist das keine Selbstverständlichkeit. Arbeiten Sie wegen Corona jetzt eher im Homeoffice oder im Büro?

Petra Krebs: Das ist eine Frage, die mich im Moment wirklich beschäftigt. Videokonferenzen finde ich sehr gut, weil ich nicht extra für ein Gespräch von einer Stunde von Wangen im Allgäu nach Stuttgart fahren muss. Das spart mir fünf Stunden Reisezeit. Aber Video ersetzt nicht alles. Ich merke schon, dass der persönliche Aspekt fehlt. Denn häufig werden die zu behandelnden Themen in der Pause oder beim Kaffee in lockerer Runde nochmals aufgegriffen und in einer Art und Weise vertieft, wie es bei Videokonferenzen nicht möglich ist. Die Mischung aus beidem finde ich deshalb nicht schlecht. Und ein Gespräch wie unseres kann man per Video nicht so persönlich führen.

Da gebe ich Ihnen Recht, Corona verändert vieles. Die Zahnarztpraxen haben zum Beispiel erhebliche finanzielle Einbußen zu beklagen – eine Folge des drastischen Patientenrückgangs, der zumindest in Baden-Württemberg auch dem politischen Kurs der Landesregierung geschuldet war. Ich erinnere an den § 6a. Warum sind wir Zahnärzte nicht im gleichen Maße wie die Ärzte unter den Schutzschirm genommen worden?

Die Gestaltung der Corona-Verordnungen zeigt vor allem, dass die gewünschten Effekte – also die Stärkung des kollektiven Gesundheitsschutzes in Pandemiezeiten – auch mit Nebenwirkungen einhergehen, zum Beispiel branchenspezifischem Unmut. Fakt ist, und das galt vor allem zu Beginn der



Pandemie, dass es viele offene Fragen gab und man hier das Vorsorgeprinzip gelten lassen musste. Rückblickend stelle ich schon fest, dass § 6a zu viel Verunsicherung geführt hat. Ein Behandlungsverbot hätte ich ebenso wenig zielführend gefunden. Denn auch in einer Pandemie muss eine zahnmedizinische Versorgung gewährleistet werden. Also wie gesagt, ich kann den Unmut durchaus nachvollziehen, bitte aber auch um Verständnis, dass solche Abwägungen schwierig zu treffen sind.

Genauso wie die Frage der Systemrelevanz.

Auf jeden Fall sind Zahnärzte systemrelevant! Die Versorgung unserer Zähne halte ich für immens wichtig. Wir haben ja auch beim

Tag der Zahngesundheit gehört, welchen Einfluss Parodontose-Behandlungen auf die Mundgesundheit und den gesamten somatischen Bereich haben. Aber ich würde dennoch zu behaupten wagen, dass in der Zahnmedizin viele Extraleistungen abgerechnet werden können. Hier muss man schon abwägen, ob jede zahnärztliche Behandlung in den Extremzeiten einer Pandemie unbedingt nötig und der Situation angemessen ist. Eine ähnliche Problematik hatten wir ja auch bezüglich notwendiger beziehungsweise unnötiger Krankenhausoperationen.

Wir stehen vor der Landtagswahl: Was haben die Grünen gesundheitspolitisch im Land vor?

Ziel wird es sein, die sektorenübergreifende Versorgung auszubauen und hybride Versorgungsmodelle zu stärken, die den sich wandelnden Gesundheitsbedürfnissen der Patientinnen und Patienten gerecht werden. Das ist die Gestaltungskompetenz der Landespolitik. Da sind auch die Zahnärzte gefragt, damit wir zum Beispiel eine ambulante Versorgung von Pflegebedürftigen leichter und besser hinbekommen. Aus meiner Zeit als Krankenschwester weiß ich, dass es auch stationär oft ein Versorgungsdefizit bei Langzeitpatient*innen gibt. In der Klinik ist vieles wichtiger als der Zahnstein. Aber wenn die Zähne nicht mehr mitmachen, droht der Patientin oder dem Patienten Unterernährung. Hier gibt es klaren Handlungsbedarf. Mein persönlicher Schwerpunkt liegt bei der Entlastung pflegender Angehöriger. Während der ersten Pandemiewelle haben wir in Baden-Württemberg die Versorgung in Krankenhäusern und Praxen ganz gut hinbekommen. Sie haben das meiste abgedeckt. Aber wir haben ca. 400.000 pflegebedürftige Menschen in Baden-Württemberg.



Petra Krebs, sozialpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen.

75 Prozent werden zu Hause versorgt, und davon wieder 75 Prozent allein von den Angehörigen, hauptsächlich von Frauen. Wer versorgt denn die Pflegebedürftigen, wenn ihre Angehörigen an Corona erkranken? Es hat sich gezeigt, dass wir da eine Lücke haben, eine Denklücke. Persönlich bin ich deshalb ein Fan von Primärversorgungszentren – damit meine ich nicht Medizinische Versorgungszentren, sondern Modelle, in denen verschiedene Berufsgruppen zusammenarbeiten. Das geht weg von der Ärztezentriertheit und könnte für die Bürger*innen mehr Gesundheit bringen. Wir sollten in diesem Kontext salutogenetisch denken und Gesundheit erhalten, anstatt ihr hinterher zu rennen.

Die investorenfinanzierten Medizinischen Versorgungszentren (I-MVZ) sind ja ein großes Problem für uns alle.

Als mir Frau Dr. Maier von der KZV das erläutert hat, war ich wirklich entsetzt! Das führt ja auch zu Qualitätsmangel und Überbehandlung. Diese Entwicklung finde ich sehr ärgerlich! Haben Sie denn Ideen, wie das unterbunden werden kann?

Ja, das kann über die geplante Novellierung des Heilberufe-Kammer-Gesetzes gelingen. Im aktuellen Entwurf finden sich unsere Forderungen: Der Inhaber muss Zahnarzt sein. Die Mehrheit der



Dr. Torsten Tomppert, Präsident der LZK BW.

Fotos: Kraufmann

Eigener muss Zahnarzt sein. Und der Kapitalgewinnabfluss an Dritte ist untersagt. Ich kenne eine Studie, die belegt, dass 70 Prozent der MVZ nicht versteuern, sondern das Kapital ins Ausland weiterleiten. Da muss man doch fragen, ob Beiträge zum Gesundheitssystem, die in Deutschland bezahlt werden, irgendwo in der Karibik landen sollen?

Frau Krebs, Sie wohnen im Allgäu, in einer wunderschönen Gegend. Die zahnärztliche Versorgung auf dem Land ist gewährleistet, und das soll auch so bleiben. Welche Ansätze sehen Sie, um junge Zahnärztinnen und Zahnärzte zu einer Niederlassung in ländlichen Gebieten zu motivieren?

Man könnte eine ähnliche Quote wie die Landarztquote für Allgemeinmediziner einführen. Aber Zwang halte ich für das falsche Instrument. Von Regierungsseite sollten viel mehr bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden. Teilweise stellen die Kommunen im ländlichen Baden-Württemberg auch schon Praxen für junge Ärzte zur Verfügung. Man bekommt nämlich durchaus junge Leute ins schöne Allgäu, wenn klar ist, wo ihre Kinder betreut werden, ob der Ehepartner auch gute Arbeitsbedingungen hat und wie gut der Stand der Digitalisierung ist. Viele junge Menschen wollen auch im Team arbeiten, z. B. in einer Praxisgemeinschaft. Der Landarzt, der

einsam in seiner Praxis sitzt und den ganzen Tag Leute behandelt, ist keine attraktive Zukunftsperspektive für viele junge Menschen. Ich meine, genossenschaftliche Modelle wären auch für die Zahnmedizin möglich. Oder man könnte moderne Technik nutzen: Video-Besprechungen sind eine Möglichkeit, Gemeinschaft digital zu schaffen und sich im großen Kreis über seine Patienten auszutauschen. Ich finde deshalb, dass Primärversorgungszentren, die man auch für Zahnärzte als genossenschaftliche Modelle denken könnte, zukunftsfähig sind. Es könnte nicht zuletzt auch das Problem der fehlenden ZFAs lösen, wenn man in größeren Einheiten arbeitet.

Verraten Sie mir noch, was Sie 2021 im Urlaub machen?

Mein Mann und ich planen natürlich einen Urlaub, aber das Ziel ist noch offen. Wir waren schon immer Camper und haben einen kleinen Campingbus, mit dem wir dieses Jahr nur in Deutschland unterwegs waren. Einmal im Jahr möchte ich aber gerne ans Meer, und da nicht unbedingt an die Ostsee, sondern ans Mittelmeer. Ich hoffe, dass man im Spätsommer 2021 wieder ins Ausland kann. Aber es kommt darauf an, dass die Leute das Impfen akzeptieren, sobald ein Impfstoff gegen Corona entwickelt worden ist. Hier bin ich übrigens der Meinung, dass man mit positiver Verstärkung mehr erreicht als durch Verordnung oder Strafen. Wir sollten die Leute überzeugen, dass Impfen etwas Gutes ist, dann wird auch das Verreisen wieder möglich.

Frau Krebs, vielen Dank für dieses sehr nette und ausgiebige Gespräch!

Zur Person

**Petra Krebs, Bündnis 90/
Die Grünen**

Sprecherin für Gesundheits-,
Pflege- und Senior*innenpolitik
– im Landtag seit März 2016
– verheiratet, zwei Kinder